



Stadt Weiden in der Oberpfalz

## **Ergänzende Bewerbungsbedingungen**

Offenes Verfahren gem. § 15 VgV

**Übertragung von hoheitlichen Aufgaben in den städtischen  
Friedhöfen an private Bestattungsunternehmen**

11/4-2026-Pi-10

**Inhaltsverzeichnis:**

1.	Auftraggeber und ausschreibende Stelle .....	3
2.	Fristen des Vergabeverfahrens .....	3
3.	Ausschreibungs- und Vergabeunterlagen .....	3
4.	Nebenangebote .....	4
5.	Losaufteilung .....	4
6.	Kenntlichmachung der Fabrikations-, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse .....	4
7.	Verschwiegenheitspflicht .....	4
8.	Einreichung, Änderungen, Berichtigungen und Rücknahme der Angebote .....	4
9.	Wertung des Angebots .....	5
10.	Eignung des Bieters .....	5
10.1	Eignungskriterien .....	5
10.2	Übertragung von Leistungen an Nachunternehmer .....	6
11.	Hinweise zum Datenschutz nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) .....	6
12.	Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren .....	6
13.	Rechtsbehelfsbelehrung .....	7

Anlage 1: Preisblatt/Leistungsverzeichnis\_Bestattungsdienstleistungen

Ergänzend zum Formblatt L 212 EU (Bewerbungsbedingungen) sind im Rahmen des Vergabeverfahrens folgende Bedingungen zu beachten:

## 1. Auftraggeber und ausschreibende Stelle

Auftraggeber und ausschreibende Stelle ist die Stadt Weiden i.d.OPf., vertreten durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Benjamin Zeitler.

Ansprechpartner für Fragen zum Vergabeverfahren und den Vergabeunterlagen sind:

Stadt Weiden i.d.OPf.	Tel.: 0961/81-1071
11/4 - Vergabestelle	Fax.: 0961/81-1049
Dr.-Pfleger-Str. 15	E-Mail: <a href="mailto:vergabestelle@weiden.de">vergabestelle@weiden.de</a>
92637 Weiden	

## 2. Fristen des Vergabeverfahrens

- |                                |                         |
|--------------------------------|-------------------------|
| ▪ Ende Frist für Bieterfragen: | 20.07.2026              |
| ▪ Ablauf der Angebotsfrist:    | 28.07.2026, 11:00 Uhr   |
| ▪ Bindefrist:                  | 18.09.2026              |
| ▪ Ausführungsfrist:            | 01.01.2027 – 31.12.2030 |

## 3. Ausschreibungs- und Vergabeunterlagen

Für die Beschaffung wird ein Offenes Verfahren nach der „Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge – Vergabeverordnung (VgV)“ durchgeführt.

Das Vergabeverfahren wird nach den Bestimmungen der VgV im elektronischen Verfahren (eVergabe) abgewickelt. Hierfür verwendet der Auftraggeber die Vergabeplattform [www.dtv.de](http://www.dtv.de), die im Verfahren von den Bietern zu nutzen ist. Sämtliche Vergabeunterlagen werden über diese Vergabeplattform zur Verfügung gestellt. Die Verwendung firmeneigener Vordrucke/Angebotsschreiben ist nicht erlaubt.

Bieter müssen sich – sofern sie sich nicht in der oben genannten Vergabeplattform registrieren – stets eigenständig über den aktuellen Stand des Vergabeverfahrens informieren.

Sollte es zu Änderungen an den Vergabeunterlagen kommen und neue Versionen des Leistungsverzeichnisses zur Verfügung gestellt werden, sind stets die jeweils aktuellsten Versionen im Verfahren zu verwenden und als Angebot einzureichen.

Bieterfragen sind bis spätestens zum oben angegebenen Ende der Frist für Bieterfragen über die Vergabeplattform zu stellen. Die Vergabestelle behält sich vor, später eingehende Fragen nicht zu beantworten.

Eventuelle Fristverlängerungen, Bieterfragen mit den entsprechenden Antworten oder sonstige Aktualisierungen und Änderungen zu diesem Vergabeverfahren können ausschließlich in der Vergabeplattform abgerufen werden. Technische Störungen bei der Nutzung der Vergabeplattform sind unter der E-Mail-Adresse [vergabestelle@weiden.de](mailto:vergabestelle@weiden.de) umgehend mitzuteilen.

Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur zur Erstellung des Angebots verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte ist unzulässig.

Kosten für die Erstellung des Angebots werden nicht erstattet.

Sämtliche Unterlagen aus dem gesamten Vergabeverfahren werden Eigentum der Stadt Weiden i.d.OPf. und nur zur Auswertung der Angebote bzw. Entscheidung für den Zuschlag

verwendet, sofern nicht für ein Nachprüfungsverfahren die Weitergabe an die Vergabekammer erforderlich ist.

#### **4. Nebenangebote**

Abweichend von der Ziffer 5 des Formblattes L 212 EU gilt Folgendes:

Nebenangebote und Änderungsvorschläge sind nicht zugelassen; dasselbe gilt für weitere Hauptangebote.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Änderungen und Ergänzungen an den Vergabe- und Vertragsunterlagen nicht zulässig sind, andernfalls wird das Angebot von der weiteren Bearbeitung ausgeschlossen.

#### **5. Losaufteilung**

Eine Aufteilung der Vergabe in zwei Lose ist vorgesehen:

- Los 1: Bestattungsdienstleistungen auf dem Stadtfriedhof
- Los 2: Bestattungsdienstleistungen auf dem Waldfriedhof und dem Gemeindefriedhof Rothenstadt

Es können Angebote für ein Los oder für mehrere Lose abgegeben werden. Teilangebote innerhalb eines Loses können nicht berücksichtigt werden; d.h. einzelne Lose werden nur komplett vergeben.

#### **6. Kenntlichmachung der Fabrikations-, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse**

Nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) haben die Beteiligten bei Verfahren vor der Vergabekammer Anspruch auf Akteneinsicht und können sich ggf. Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen (§ 165 Abs. 1 GWB). Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist (§ 165 Abs. 2 GWB).

Nach Abs. 3 des § 165 GWB hat jeder Beteiligte mit der Übersendung seiner Akten oder Stellungnahmen auf die Wahrung der Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse hinzuweisen und diese in den Unterlagen entsprechend kenntlich zu machen. Erfolgt keine Kenntlichmachung, kann die Vergabekammer von der Zustimmung auf Einsicht ausgehen.

Unter Bezug auf die gesetzliche Regelung des GWB hat der Bieter daher die Möglichkeit, in seinen Angebotsunterlagen Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse als solche deutlich zu kennzeichnen. Fehlt eine solche Kenntlichmachung, ist von der Zustimmung zur Einsichtnahme i. S. des § 165 Abs. 3 GWB auszugehen.

#### **7. Verschwiegenheitspflicht**

Der Bieter hat - auch nach Beendigung der Angebotsphase - über die ihm bei seiner Tätigkeit bekannt gewordenen dienstlichen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die bei der Erstellung des Angebots beschäftigten Mitarbeiter zu verpflichten. Gleiches gilt für etwaige Nachunternehmer.

#### **8. Einreichung, Änderungen, Berichtigungen und Rücknahme der Angebote**

Die Angebote sind elektronisch in Textform über die Vergabeplattform [www.dtvp.de](http://www.dtvp.de) einzureichen.

Angebote müssen rechtzeitig bis zum Ablauf der Angebotsfrist (siehe 2.) eingegangen sein. Für die Rechtzeitigkeit des Eingangs ist der Zeitstempel der Vergabeplattform maßgebend.

**Nicht über die Vergabeplattform eingegangene Angebote werden ausgeschlossen.**

Änderungen, Berichtigungen oder Ergänzungen des Angebotes sind bis zum Ablauf der Angebotsfrist zulässig. Die Einreichung hat wie oben beschrieben zu erfolgen.

Angebote können bis zum Ablauf der Angebotsfrist zurückgezogen werden.

## **9. Wertung des Angebots**

Der Zuschlag wird auf das unter Berücksichtigung der Erfüllung der vorgegebenen Anforderungen preisgünstigste Angebot erteilt. Insofern ist das alleinige Vergabekriterium der Preis.

Das preisgünstigste Angebot ergibt sich aus der ermittelten Angebotssumme abzüglich eventueller gewährter Rabatte. Eventuelle vom Bieter gewährte Rabatte werden nur berücksichtigt, wenn sie ohne Bedingungen gewährt werden und an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Es können außerdem nur Angebote berücksichtigt werden, die alle Mindestanforderungen erfüllen.

## **10. Eignung des Bieters**

### **10.1 Eignungskriterien**

Es werden nur Bieter berücksichtigt, welche die für die zu vergebende Leistung nötige Fachkunde, Leistungsfähigkeit sowie Zuverlässigkeit/Gesetzestreue besitzen und diese nachgewiesen haben. Dasselbe gilt für vom Bieter benannte und noch zu beauftragende Nachunternehmen.

Der Bieter ist als fachkundig anzusehen, wenn er über umfassende, dem Stand der Technik entsprechende Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten verfügt, die erforderlich sind, um den jeweiligen Auftrag fachgerecht auszuführen. Den Fachkundenachweis hat der Bieter zu führen. Er gilt als erbracht, wenn der **erfolgreiche Abschluss der Ausbildung zur Bestattungsfachkraft, der Fortbildung zum/zur geprüften Bestatter/in oder zum/zur Bestattermeister/in** nachgewiesen ist.

Die Prüfung der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit/Gesetzestreue der Bieter einschließlich deren Nachunternehmen erfolgt unter Berücksichtigung der Angaben im Formblatt L124 (Eigenerklärung zur Eignung), L127 (Erklärung Russlandbezug) sowie im Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen (Formblatt L 235).

Im Formblatt L 124 (Eigenerklärung zur Eignung) sind an den dafür vorgesehenen Stellen die geforderten Angaben zu machen.

Ergänzend zum Formblatt L124 werden folgende Unterlagen gefordert:

- Nachweis für erfolgreichen Abschluss der Ausbildung zur Bestattungsfachkraft, der Fortbildung zum/zur geprüften Bestatter/in oder zum/zur Bestattermeister/in
- Auf gesondertes Verlangen (ggf. auch während der Vertragslaufzeit): Nachweis über das Vorliegen einer ausreichenden Betriebshaftpflichtversicherung

## 10.2 Übertragung von Leistungen an Nachunternehmer

Es ist zulässig, dass sich der Auftragnehmer Nachunternehmen bedient. Dabei hat der Bieter mit den Nachunternehmen die Geltung der für ihn verbindlichen Vertragsbedingungen zu vereinbaren. Auf Verlangen der Stadt Weiden i.d.OPf. hat er dies nachzuweisen.

Die Übertragung von Leistungen an Nachunternehmer ist auf dem Formblatt L 235 (Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderen Unternehmen) ausführlich darzustellen. Insbesondere ist anzugeben, welche Aufgaben auf einen oder mehrere Nachunternehmer übertragen werden.

Der Auftragnehmer darf Leistungen nur an Nachunternehmer übertragen, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind; dazu gehört auch, dass sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachgekommen sind und die gewerblichen Voraussetzungen erfüllen. Der Nachunternehmer ist vom Auftragnehmer zu verpflichten, keine weiteren Nachunternehmer zu beauftragen.

Der Auftragnehmer darf dem Nachunternehmer keine ungünstigeren Bedingungen insbesondere hinsichtlich Mängelansprüche, Vertragsstrafen, Zahlungsweise und Sicherheiten auferlegen, als zwischen ihm und dem Auftraggeber vereinbart sind.

Der Auftragnehmer hat bei der Einholung von Angeboten für Unteraufträge regelmäßig kleinere und mittlere Unternehmen angemessen zu beteiligen.

## 11. Hinweise zum Datenschutz nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Verantwortlich für die Verarbeitung personenbezogener Daten ist die Stadt Weiden i.d.OPf., Dr.-Pfleger-Straße 15, 92637 Weiden, Telefon: 0961/81-0, Fax: 0961/81-1019, E-Mail: [stadt@weiden.de](mailto:stadt@weiden.de). Die Daten werden erhoben, um das Vergabeverfahren durchzuführen und das Vertragsverhältnis abzuwickeln. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 Unterabsatz 1 Buchstaben b, c und e DSGVO sowie Art. 4 Absatz 1 BayDSG.

Informationen zur Verarbeitung Ihrer Daten und zu Ihren diesbezüglichen Rechten finden Sie auf unserer Homepage unter <https://www.weiden.de/datenschutzhinweise> unter Punkt „Vergabe von öffentlichen Aufträgen“.

Unseren behördlichen Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter Dr.-Pfleger-Straße 15, 92637 Weiden, E-Mail: [datenschutz@weiden.de](mailto:datenschutz@weiden.de), Telefon: 0961/81-1047.

## 12. Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Ein eventueller Antrag auf Nachprüfung nach den §§ 155 ff. GWB ist schriftlich an die

Regierung von Mittelfranken  
Vergabekammer Nordbayern  
Postfach 606  
91511 Ansbach  
Telefon: +49 981 / 53 – 1277  
Telefax: +49 981 / 53 – 1837  
E-Mail: [vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de](mailto:vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de)

zu richten.

### 13. Rechtsbehelfsbelehrung

Um eine Korrektur des Vergabeverfahrens zu erreichen, kann ein Nachprüfungsverfahren bei der Vergabekammer gestellt werden, solange durch den Auftraggeber ein wirksamer Zuschlag nicht erteilt ist. Ein wirksamer Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem der Auftraggeber die unterlegenen Bieter über den beabsichtigten Zuschlag gemäß § 134 GWB informiert hat und 15 Kalendertage bzw. bei Versendung der Information per Fax oder auf elektronischem Weg 10 Kalendertage vergangen sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei Beanstandungen im Hinblick auf das hiesige Vergabeverfahren die Bieter Verstöße gegen Vergabevorschriften, die sie erkannt haben, gegenüber der Vergabestelle innerhalb von zehn Kalendertagen zu rügen haben und weiterhin Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen oder aus der Bekanntmachung erkennbar sind, von den Bietern spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber (bei der Kontaktstelle) zu rügen sind (vgl. § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis Nr. 3 GWB), damit die Bieter für den Fall, dass der Rüge nicht abgeholfen wird, ein Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer anstreben können.

Sofern die Vergabestelle einer Rüge in ihrem Antwortschreiben nicht abhilft, kann der betreffende Bieter nur innerhalb von längstens 15 Kalendertagen nach Eingang des Antwortschreibens der Vergabestelle diesbezüglich ein Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer einleiten (vgl. § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB).